



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr**

Sitzungsort : **Aula der Gesamtschule, Bultstraße 20**

Sitzungstag : **Mittwoch, 10.02.2021**

Sitzungsbeginn : **17:30 Uhr**

Sitzungsende : **20:07 Uhr**

Vorsitz

Herr Uli Schwieder

Teilnehmer

Herr Norbert Austrup

Herr Antonius Brinkmann

Herr Ralph Desel

Vertreter für Frau Schestak

Frau Kerstin Horstmann

Herr Benito Kohaus

Frau Hiltrud Krause

Herr Dirk Leifeld

Herr Meik Libor

Herr Andreas Nienaber

Herr Bernhard Poppenberg

Herr Ludger Reckmann

Herr Holger Schramm

Herr Christoffer Siebert

Frau Manuela Steuer

Herr Steffen Vollenkemper

Herr Ludger Wiesch gen. Borchert

Herr Michael Zummersch

Verwaltung

Herr Reinhold Becker

Herr Markus Berheide
Frau Stefanie Gröne
Frau Karin Rodeheger

Schriftführerin

Frau Lea Austermann

Gäste

Frau Haunhorst
Herr Thorwirth

Tageszeitung "Die Glocke"
Geschäftsführer von Horizonte e.V.

es fehlten entschuldigt:

Teilnehmer

Herr Peter Hellweg
Frau Anna Schestak

keine Vertretung
Vertretung durch Herrn Desel

Verwaltung

Herr André Leson

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung

Seite:

1. Verpflichtung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger
Vorlage: M 2020/610/4714
2. Bestellung von Schriftführerinnen
Vorlage: B 2021/610/4753
3. Niederschrift über die Sitzung vom 02.09.2020
4. Bürgerantrag zur Beschilderung in Naherholungsgebieten und
Nachpflanzung am historischen Pflaumenweg
Vorlage: B 2021/610/4769
5. Baumpflanzungen auf der Grünfläche am Weitkampweg
Vorlage: B 2021/610/4772
6. Sachstandsbericht Containerstandorte
Vorlage: M 2021/661/4744
7. Umsetzung von Maßnahmen aus dem Klimaschutzteilkonzept Mobilität
Vorlage: B 2021/610/4763
8. Statusbericht der Klimaschutzmanagerin
Vorlage: M 2021/610/4767
9. Fortschreibung Klimaschutzkonzept Oelde
Vorlage: B 2021/610/4764
10. Verschiedenes
- 10.1. Mitteilungen der Verwaltung
- 10.2. Anfragen an die Verwaltung

Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Energie und Mobilität, Herr Schwieder, eröffnet die Sitzung, indem er die Bürgermeisterin Frau Rodeheger, die Klimaschutzmanagerin Frau Gröne, die Ausschussmitglieder, die Verwaltung, die Presse und Herrn Dr. Thorwirth, den Geschäftsführer der Horizonte e.V., begrüßt.

Die Bürgermeisterin Frau Rodeheger überreicht dem Vorsitzenden Herrn Schwieder einen Blumenstrauß und teilt mit, dass sie sich auf eine gute Zusammenarbeit und zukunftsweisende Entscheidungen mit der Verwaltung freue.

Herr Schwieder erklärt, dass auch er sich auf eine gute Zusammenarbeit freue und stellt sich kurz vor. Er betont, dass sich seine politische Motivation durch die Sorge um unseren Planeten ergeben habe. Herr Schwieder stellt anschließend fest, dass es keine Änderungen an der Tagesordnung gibt, dass frist- und formgerecht eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist. Er weist darauf hin, dass sich Herr Hellweg aus der CDU entschuldigen lässt und dass die Verwaltung ihren Vortag aufgrund der aktuellen Pandemie nur in Kurzform ausführen wird.

Öffentliche Sitzung

1. **Verpflichtung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger** **Vorlage: M 2020/610/4714**

Der Ausschussvorsitzende Herr Schwieder führt die sachkundigen Bürger Herrn Vollenkemper und Herrn Nienaber gemäß § 67 Abs. 3 in Verbindung mit § 58 Abs. 2 der Gemeindeordnung NRW in ihr Amt ein und verpflichtet sie zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben durch Vorlesen und Nachsprechen folgender Verpflichtungsformel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohl der Gemeinde erfüllen werde.“

Herr Schwieder weist darauf hin, dass die sachkundige Bürgerin Frau Horstmann und die sachkundigen Bürger Herr Libor und Herr Schramm bereits in ihr Amt vereidigt wurden.

2. **Bestellung von Schriftführerinnen** **Vorlage: B 2021/610/4753**

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr bestellt Frau Lea Austermann **einstimmig** zur Schriftführerin. Für den Vertretungsfall wird Frau Natalie Luhmann **einstimmig** zur stellvertretenden Schriftführerin bestellt.

3. Niederschrift über die Sitzung vom 02.09.2020

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Mobilität und Verkehr nimmt die Niederschrift über die Sitzung vom 02.09.2020 zur Kenntnis.

4. Bürgerantrag zur Beschilderung in Naherholungsgebieten und Nachpflanzung am historischen Pflaumenweg Vorlage: B 2021/610/4769

Sachverhalt:

Frau Gröne trägt den Inhalt des Bürgerantrages vom 07.06.2020 vor und erläutert im Vorfeld, dass auf einen ausführlichen Vortrag, pandemiebedingt verzichtet werde.

In dem Bürgerantrag wurden zwei Maßnahmen vorgestellt und zur Umsetzung angeregt. Im Folgenden nimmt Frau Gröne seitens der Verwaltung Stellung zu diesem Bürgerantrag.

Zu Beginn geht Frau Gröne auf eine neue zeitgemäße Beschilderung in den Naherholungsgebieten ein.

Anhand der aufgezeigten Fotos und einer Vor-Ort-Begehung sei die Verwaltung zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Erneuerung der Beschilderung angebracht sei.

Im ersten Schritt solle eine Bestandsaufnahme der bestehenden Schilder vorgenommen werden, um im weiteren Schritt festzulegen, welche Schilder erneuert und ergänzt werden sollten.

Dabei wäre aus Sicht der Verwaltung vorstellbar, neben Darstellungen zu Wegen und Strecken auch Informationen über Natur und Klima für das entsprechende Gebiet anzubringen. Diese Themen sollten in Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden erarbeitet werden.

Es werde geprüft, ob ein Teil der Finanzierung für die Beschilderung über entsprechende Förderprogramme abzubilden sei. Der verbleibende Betrag wird aus dem Klimaschutzbudget finanziert.

Anschließend geht Frau Gröne auf die Anregung der Nachpflanzung am „historischen Pflaumenweg“ ein.

Auch dieser Anregung durch den Bürger stünde die Verwaltung positiv gegenüber.

Der Wilhelm-Röthe-Weg sei bei vielen Oeldern bekannt und beliebt. Er werde, neben dem Westrickweg, als Spazier- und Radweg genutzt und präge das Bild der Bauerschaft Ahmenhorst.

Mit der Nachpflanzung der Baumreihe würde ein weiterer Schritt in Richtung Klimaanpassung, Förderung des Artenschutzes und Aufwertung der Grünstrukturen in der Stadt getan sowie ein Teil Oelder Kulturlandschaft erhalten bleiben.

Nach Einschätzung der Verwaltung könnten mindestens die Hälfte der bestehenden Bäume erhalten werden, so dass in Summe rund ca. 40 Bäume neu gepflanzt werden müssten.

Für Pflanzung sowie Anwuchs- und Entwicklungspflege müsse ein Betrag in Höhe von 30.000 Euro angesetzt werden. Dieser Betrag sei im Rahmen der aktuellen Haushaltsplanung nicht vorgesehen und müsste daher zusätzlich eingeplant werden. Denkbar sei ein Gesamtpaket mit 40 Bäumen oder Teilpflanzungen über mehrere Jahre. Auch in diesem Zusammenhang sollte geprüft werden, ob ein Teil der Kosten über entsprechende Förderprogramme abgedeckt werden könne.

Eine Alternative dazu könnte die Festlegung der Baumreihe als ökologische Ausgleichsfläche für zukünftige Bauvorhaben sein. Die Refinanzierung würde in diesem Fall über die Erschließungsbeiträge im Rahmen der Baulandentwicklung erfolgen. Aus Sicht der Verwaltung sollte diese Möglichkeit vorrangig in Betracht gezogen werden.

Herr Austrup bedankt sich bei Frau Gröne und regt an, dass neben der Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden auch die Zusammenarbeit mit den Landwirten in die Erarbeitung dieser Themen integriert werden sollte. Zudem möchte er wissen, wer der Bürger gewesen sei, der den Antrag gestellt habe.

Frau Gröne teilt nach der Zustimmung von Frau Rodeheger mit, dass Herr Andreas Tönnies den Bürgerantrag gestellt habe.

Herr Poppenberg schlägt vor, den Antrag der Erneuerung der Beschilderung in den Bezirksausschuss Kirchspiel zu geben, um Fördergelder generieren zu können.

Durch den Bezirksausschuss seien bereits neue Schaukästen in Stromberg zu einem erschwinglichen Preis aufgestellt worden.

Frau Gröne erklärt, dass beispielsweise geprüft werde, ob mit dem Förderprogramm Vital NRW Zuschüsse für die Beschilderung generiert werden könnten.

Herr Poppenberg stellt klar, dass das Projekt auf jeden Fall einen Namen haben müsse, um an Fördergelder zu kommen und schlägt vor neben Pflaumenbäumen auch Apfelbäume bei der Nachpflanzung auf dem Wilhelm-Röthe-Weg zu integrieren.

Herr Kohaus äußert den Wunsch an die Verwaltung die Bilder nicht nur im Sessionnet sondern auch in der App Mandatos abzubilden.

Frau Gröne teilt mit diese Anregung weiterzugeben.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr empfiehlt **einstimmig** dem Rat folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Nach einer Bestandsaufnahme der bestehenden Beschilderung wird festgelegt, welche Schilder erneuert und ergänzt werden sollen. Neben Darstellungen zu Wegen und Strecken sollen auch Informationen über Natur und Klima für das entsprechende Gebiet aufgezeigt werden.
2. Die Verwaltung stimmt mit der zuständigen Kreisbehörde die Einstufung der Parzelle mit samt der Baumreihe des sog. Pflaumenweges als ökologische Ausgleichsfläche ab und lässt diese, nach erfolgreicher Prüfung, in das Ausgleichsflächenkataster für zukünftige Bauvorhaben aufnehmen. Die Nachpflanzung der Pflaumenbäume erfolgt dann im Rahmen von erforderlichen

Ausgleichspflanzungen.

5. Baumpflanzungen auf der Grünfläche am Weitkampweg Vorlage: B 2021/610/4772

Sachverhalt:

Herr Becker erklärt, dass die Grünfläche entlang des Weitkampweges, zwischen Kindertagesstätte und Einmündung Von-Manger-Straße, im Bebauungsplan als Grünfläche ausgewiesen sei. Solche Flächen wie diese würden sich besonders gut dazu eignen nicht nur als Wiesenfläche, die 2 bis 3 Mal im Jahr gemäht wird, zu nutzen, sondern diese für eine ökologische Aufwertung zu nutzen. Für einen Großteil der Fläche sehe der Bebauungsplan sogar explizit vor, dass diese mit Gehölzen zu versehen sei. Die Verwaltung würde daher vorschlagen, dort 22 Bäume zu pflanzen. Vorgesehen sei die Anpflanzung von Baumhasel, botanisch *Corylus colurna*, mit einem Stammumfang von 16 – 18 cm. Die Pflanzung der Bäume würde in einem Abstand von 8 m zueinander, und 10 m zur angrenzenden Wohnbebauung erfolgen.

Die Baumhasel komme mit Trockenstress relativ gut zurecht, bilde jedoch große, stachelige Früchte aus und sei daher als straßen- und wegebegleitende Baumart nicht gerne gesehen. Hier aber stünden die Bäume auf einer Grasfläche und würden durch diese Fruchtbildung keine Beeinträchtigungen verursachen. Zusätzlich sei es ökologisch sinnvoll und optisch gewinnbringend, den Pflanzungsbereich mit Blühstreifen zu versehen.

Nach der Pflanzmaßnahme im vergangenen Jahr in der Nähe der Von-Büren-Allee, wo auf einer Länge von rund 300 m 30 Bäume gepflanzt und ein Blühstreifen angelegt worden sei, könne damit auch in 2021 wieder eine größere zusammenhängende Fläche ökologisch aufgewertet werden.

Die Kosten für diese Maßnahme würden ca. 5.000 Euro betragen und seien durch die Haushaltsstelle 13.01.01 / 521 5001 abgedeckt. Die Umsetzung könne daher zeitnah geschehen.

Herr Leifeld merkt nach dem Vortrag von Herrn Becker an, dass er Bedenken habe, wenn bei den vorgesehenen 22 Bäumen nur die Baumhasel gepflanzt werde, da es sich um eine windbestäubte Art handele, die wenig Insekten anlocken würde.

Zudem würde eine Monokultur entstehen, daher bittet er die Verwaltung die Baumartenzusammensetzung zu überdenken.

Er könne sich anstatt der Baumhasel Apfelbäume vorstellen, die als heimische Art Insekten anlocken könnten.

Herr Desel bringt stellvertretend für Frau Schestak die Anregungen ein, die Monokultur zu vermeiden und die Pflanzung der Silberlinde anzustreben, die den Vorteil durch ihre große Resistenz und die spätere Versorgung der Bienen erbringe. Da sich die Silberlinde als hitzebeständig erweise, würde er der Verwaltung empfehlen sich auf diese Baumart festzulegen.

Herr Siebert stimmt Herrn Leifeld zu, die Art der Bepflanzung nochmal zu überdenken und Streuobstwiesen anzustreben, die in Bezug auf den nahegelegenen Kindergarten Potenzial für Projekte erbringen könnte.

Herr Schwieder wendet sich an die Verwaltung und fragt, ob sie darauf reagieren möchte.

Herr Becker antwortet, dass die kugelförmige Krone der Silberlinde sowie der Apfelbäume von der Optik nicht zusammenpassen würden, wie die Baumhasel mit ihrer pyramidenförmigen Krone. Man müsse

entscheiden, ob es homogen oder in Form einer Streuobstwiese gestaltet werde. Eine Streuobstwiese habe den Nachteil, dass sie nicht so einen Gesamteindruck entwickelt, wie er auf dem Foto dargestellt sei.

Herr Desel unterbreitet den Vorschlag Insektenhotels oder Vogelhäuschen an den Bäumen miteinzuplanen, bei diesem Vorhaben könnte auch der angrenzende Kindergarten beteiligt werden.

Herr Kohaus erkundigt sich, wie die große Differenz der Kosten für Nachpflanzung der Pflaumenbäume an dem Wilhelm-Röthe-Weg für 30.000,00 € und die Pflanzung der 22 Bäume an dem Weitkampweg für 5.000,00 € zustande komme.

Herr Becker erklärt, dass die Kosten über 30.000,00 € für die Nachpflanzung der Pflaumenbäume aufgrund der Fremdvergabe an ein Gartenbauunternehmen entstehen würden. Die Kosten über 5.000,00 € für die Pflanzung der 22 Bäume am Weitkampweg würden sich auf die Leistungserbringung des Baubetriebshofs belaufen. Da hier betriebseigenes Personal die Pflanzung durchführen könne, könne diese Maßnahme kostengünstiger ausgeführt werden.

Herr Schwieder bedankt sich bei Herrn Becker für die Erläuterung und stellt fest, dass es keinen Änderungsantrag gibt.

Frau Rodeheger verspricht die Anregung aufzunehmen und ein anderes Konzept zu erarbeiten, das in den nächsten Ausschuss verlegt werden soll.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr **lehnt** die Baumpflanzung auf der Grünfläche am Weitkampweg mit **10 Nein-Stimmen, 7 Ja-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich ab**.

6. Sachstandsbericht Containerstandorte **Vorlage: M 2021/661/4744**

Bevor der Sachstandsbericht zu den Containerstandorten von Herrn Berheide präsentiert wird, stellt Herr Dr. Thorwirth, Geschäftsführer der Horizonte e.V., den Verein Horizonte vor. Er geht zunächst auf die zeitliche Entwicklung von Horizonte, die Satzungsziele des Vereins und die Personalstruktur ein. Im Anschluss thematisiert er den Sachverhalt der Altkleidercontainer. In diesem Zusammenhang legt er dar, dass einige stark frequentierte Containerstandorte seit 3 Monaten zwei Mal wöchentlich abgefahren würden, da die Vermüllung deutlich zugenommen habe. Besonders betroffen sei der Standort am Westring. Er schildert, dass der Export bzw. der Verkauf der Altkleidung sich seit dem 2. Quartal 2020 massiv geändert habe. Bis Anfang 2020 hätte Horizonte die Altkleidung, die auch für die KAB und CAJ gesammelt wurde, an den Dachverband weitergeben können. Seit dem Beginn der Coronapandemie in dem 2. Quartal 2020 habe sich die Lage geändert. Diese sei auf die Ursache zurückzuführen, dass vor allem in China kaum Schiffslogistik möglich war, welche die logistische Verbindung zu den Hauptabnehmern der Altkleidung in Afrika und Asien vornehme.

Hinzu gekommen seien Einnahmeausfälle in Afrika, da sich die Menschen vor Ort keine Altkleider mehr leisten konnten. Auch die Stiftung Bethel in Bielefeld habe keine Altkleider mehr angenommen. Horizonte habe 2 wöchentliche Leerungen angeboten, um Überfüllungen der Container zu verhindern. Das Problem, dass viele Leute sich von ihren Altkleidern im Lockdown getrennt haben, hätte dazu geführt, dass sich die Lager von Horizonte stark gefüllt hätten. Die Altkleider, die Horizonte nicht veräußern konnte, wären teilweise zur Weiterverarbeitung einem Gewerbebetrieb zugeführt worden, von

dem Horizonte einen minimalen Erlös habe erzielen können. Herr Dr. Thorwirth bekräftigt, dass Horizonte das Geschäft mit den Altkleidern weiterhin durchgeführt habe, um dem ökologischen und sozialen Anspruch weiterhin gerecht zu werden.

Im Anschluss fragt Herr Vollenkemper, ob Herr Dr. Thorwirth damit rechne, dass die Situation sich wieder ändere oder ob er eher davon ausgehe, dass die Situation so bleibe.

Herr Dr. Thorwirth zeigt sich optimistisch und teilt mit, dass der Bedarf an preisgünstiger Kleidung da sei. Aufgrund dessen, dass die Bevölkerung in Afrika weiterwachse, gehe er davon aus, dass sich 2022 die Lage auf dem vorherigen Niveau einpendeln würde. Zudem sei die Nachfrage nach guterhaltener Altkleidung gestiegen.

Herr Siebert möchte wissen, ob die Situation der Vermüllung vor Ort in Bezug auf die Containerstandorte am Nienkamp und am Weitkampweg darauf zurückzuführen sei, dass an den genannten Standorten zu wenige Container aufgestellt seien.

Herr Dr. Thorwirth erklärt, dass seit dem Jahr 2020 verschiedene Faktoren dazu geführt hätten, dass das Aufkommen von Müll an den Containerstandorten stark gestiegen sei. Die Leute hätten ihre Keller und Kleiderschränke aufgeräumt und einige Betreiber hätten ihre Container an den Standorten abgezogen. Bei dem Standort „Westring“ habe Horizonte einen zweiten Altkleidercontainer aufgestellt. Es ergebe sich jedoch das Problem, dass wenn Müll vor dem Container gestellt werde, weiterer Müll von anderen Leuten dazugestellt werde und der Müll somit wachsen würde. Durch die Aufstellung des zweiten Containers habe sich die Vermüllung laut der Rückmeldungen der Fahrer von Horizonte an dem Standort „Westring“ reduziert.

Herr Libor berichtet, dass er ehrenamtlich für das Deutsche Rote Kreuz tätig sei und häufig beobachtet habe, dass Leute in die Container steigen und die Säcke herausziehen, um sie dann vor dem Container zu öffnen und die Kleidung herauszusuchen.

Der Rest werde oft liegengelassen, was zur Vermüllung beitragen würde.

Herr Siebert wendet ein, dass die Leute zu den Containern hinfahren und feststellen würden, dass sie voll seien und den Müll dann einfach dazu stellen würden, da sie keine Möglichkeit sehen würden, wo sie die Altkleidung anders entsorgen könnten.

Er bittet darum alle Containerstandorte in den nächsten Entsorgungskalender aufzunehmen, damit die Bürger einen Überblick über alle Container im Stadtgebiet erhalten und einen alternativen Containerstandort anfahren könnten.

Herr Poppenberg fragt, ob die Installation von Kameraattrappen an den Containerstandorten eine Möglichkeit darstelle, da die Attrappen viele Leute abschrecken könnte.

Herr Schwieder schlägt vor, den Einwand von Herrn Poppenberg in den nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu verlegen.

Herr Vollenkemper unterbreitet den Vorschlag, ein Schild an den Containern anzubringen, welches die Bürger über alternative Containerstandorte informieren könnte, wenn der Container voll sein sollte.

Herr Siebert schildert, dass Containerstandorte, wo viel Präsenz ist, nicht so „vermüllt“ werden würden, wie andere Standorte. Er schlägt vor, dass Container zum Beispiel auf dem Parkplatz des Baumarktes an der Warendorfer Straße oder in Nähe des Franziskushaus aufgestellt werden könnten. Bei dem Franziskushaus wäre zudem eine gute Einsicht durch die Einfahrt in das Baugebiet gegeben. Zur Abschreckung könnten auch Scheinwerfer an den Standorten platziert werden. Er fragt, ob diese Maßnahmen geeignet wären, um die besonders stark verschmutzten Containerstandorte auf ein anderes Level zu bringen.

Herr Berheide antwortet, dass er die Anregungen von Herrn Siebert gut finde und es versucht werden könne diese umzusetzen. Der Standort am Westring werde aufgelöst und die Container auf andere Standorte verteilt. Im Rahmen dessen müsste noch geprüft werden, welche bisher genannten Vorschläge möglicherweise umgesetzt werden könnten.

Frau Rodeheger ergänzt, dass die Verschmutzung der Containerstandorte ein großes Ärgernis sei und betont, dass der Standort am Weitkamp ideal sei, wenn sich alle richtig verhalten würden. Sie bittet nochmals darum das Thema in den nicht öffentlichen Teil zu verlegen. Die Schilderungen des Baubetriebshofes dazu, was die Kollegen an den Containern an Abfall vorfinden würden, was zum Teil auch erhebliche Gefahren mit sich bringe, erwecken den Eindruck, dass man die „Vermüllung“ geradezu heranzüchtet. Je mehr Müll die Kollegen wegräumten, desto mehr Müll komme hinzu.

Herr Schwieder dankt Herrn Dr. Thorwirth und fragt, ob es noch weitere Anmerkungen oder Fragen gibt.

Herr Dr. Thorwirth ergänzt, dass je anonymere ein Standort sei, desto geringer die Hemmungen bei den Leuten seien Müll abzulegen. Durch die zunehmende Bebauung sei mehr soziale Kontrolle da. Er strebe eine weitere gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung an.

Herr Berheide erläutert, dass das Thema Containerstandorte bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses thematisiert worden sei und weist darauf hin, dass in dem Sachstandsbericht zu den Containerstandorten aus der Vorlage alle Standorte zu erkennen seien, die in der Nähe von Schulen und Kindergärten liegen würden. Er fragt, ob es dazu noch Fragen gebe und verweist ansonsten auf die Vorlage.

Herr Austrup erkundigt sich, was mit der rechnerischen Summe „Bürger pro Container“ genau gemeint sei.

Herr Berheide erklärt, dass diese Zahl zur Veranschaulichung angesetzt worden wäre.

Herr Desel schildert, dass am Containerstandort am Nordring sehr häufig Glas auf dem Geh- und Radweg liege, er könne nachvollziehen, dass es schwierig sei einen anderen Standort zu finden und bittet darum den Standort etwas weiter entfernt vom Geh- und Radweg zu platzieren.

Herr Berheide antwortet, dass es allgemein schwierig sei Standorte zu verlegen. In diesem Fall sei es baulich zunächst einmal nicht möglich. Die Stadt Oelde könnte den Standort jedoch häufiger kontrollieren.

Herr Zummersch merkt an, dass kein Bürger in seiner Wohnnähe einen Containerstandort haben wollte, dies sei auch schon in der letzten Ausschusssitzung deutlich gemacht worden. Die Vermüllung könne aber auch oft durch fehlende Parkmöglichkeiten zustande kommen. Er führt an, dass am Nordring keine Parkmöglichkeiten vorhanden seien, deshalb gibt er die Anregung den Containerstandort vom Nordring auf die Wiese an der Hedwigstraße zu verlegen.

Dort sei auch genügend Parkraum vorhanden, um eine Be- und Entladung zu gewährleisten. Er betont, dass viele Leute an den Containern auf dem Marktkaufparkplatz entsorgen würden, aber dass dort die soziale Kontrolle gegeben sei.

Herr Berheide bemerkt, dass es für neue Containerstandorte nicht zwangsläufig städtische Flächen gebe. Für die Verlegung von dem Containerstandort am Westring habe die Verwaltung keine städtische Fläche im Umkreis von mehreren 100 m gefunden. Die Verwaltung werde sich aber bemühen die Situation zu verbessern.

Herr Libor wendet ein, dass etwas an der Gesamtoptik der Containerstandorte getan werden könnte. Die alten Container von Horizonte oder Reiling könnten ausgetauscht oder zumindest umlackiert werden. Die meisten Container seien immerhin schon über 20 Jahr alt und arg verwittert.

Herr Berheide entgegnet, dass bereits in einem konstruktiven Gespräch mit Herrn Dr. Thorwirth vereinbart worden sei, dass Horizonte die Container aufwerten werde.

Die Verwaltung werde auch das Gespräch mit den anderen Betreibern der Container suchen.

Herr Dr. Thorwirth ergänzt, dass Horizonte bisher ein reiner Dienstleister gewesen sei. Ab November 2020 habe Horizonte dann eigenständig Container der KAB und der CAJ übernommen.

Herr Poppenberg fordert die Container präserter aufzustellen. In Stromberg am Ellimarkt müsste man mit den Betreibern des Parkplatzes sprechen. Die Container sollten präsent sein, damit sich die Leute beobachtet fühlen würden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr nimmt den Sachstandsbericht zu den Containerstandorten zur Kenntnis.

7. Umsetzung von Maßnahmen aus dem Klimaschutzteilkonzept Mobilität Vorlage: B 2021/610/4763

Sachverhalt:

Frau Gröne trägt vor, dass das Ingenieurbüro nts das Klimaschutzteilkonzept „Mobilität für den Radverkehr in der Stadt Oelde und den drei Ortsteilen“ in der Sitzung vom 02.09.2020 vorgestellt habe. Das Konzept sei bewusst nur zur Kenntnis genommen worden, da Beschlüsse zur Umsetzung von den vorgeschlagenen Maßnahmen nach den Kommunalwahlen unter Beteiligung des „neuen Rates“ erfolgen sollten.

Die Umsetzung von Maßnahmen aus dem Konzept solle schrittweise unter Berücksichtigung der Budgetverfügbarkeit, der personellen Kapazitäten und der Abstimmung mit den jeweils zuständigen Straßenbaulastträgern vorgenommen werden.

Im ersten Schritt sollen die Maßnahmen Nr. 10 und Nr. 11, Einrichtung der Fahrradstraßen *Zur dicken Linde*, *Düdingweg*, *Bultstraße* und *Pestalozziweg* sowie Nr. 12, Einrichtung einer Hol- und Bringzone im Bereich Thomas-Morus-Gymnasium/Gesamtschule umgesetzt werden. Die Standortsuche findet unter Abstimmung mit Polizei, Straßenverkehrsbehörde und Schulleitung statt.

Mit der Realisierung würde ein „Fahrrad-Ring“ entstehen, mit dem ein deutliches Signal gesetzt werden würde, um den Radverkehr zu stärken und die Sicherheit, insbesondere auch für die Schülerinnen und Schüler, zu erhöhen. Fahrradstraßen seien ein Instrument, um den Radverkehr auf Straßen zu stärken, auf denen das Fahrrad das vorherrschende Verkehrsmittel ist oder werden soll.

Sie würden mit einem entsprechenden Zeichen beschildert und durch Markierungen auf der Fahrbahn visualisiert werden. Fahrzeuge, die neben dem Fahrrad durch ein Zusatzschild zugelassen werden, dürften nicht schneller als 30 km/h fahren.

Allerdings sehe die Verwaltung aus Kostengründen vor, keine flächige Rotmarkierung auf die Straße aufzubringen, sondern dies nur in Kreuzungsbereichen sowie am Anfang und am Ende umzusetzen. Die Umsetzung der Maßnahmen stehe unter dem Vorbehalt der positiven Prüfung durch die zu beteiligenden Stellen, insbesondere die Straßenverkehrsbehörde, den Rettungsdienst und die Polizei.

Für das vorgestellte Maßnahmenpaket sei im Rahmen der Haushaltsplanung 2021 ein Budget von 100.000 Euro eingeplant. (Planstelle 12.01.01.422).

Für den Fall, dass dieses Budget nicht ausgeschöpft werden sollte, werde vorgeschlagen, die Maßnahme Nr. 2, Erneuerung der Beleuchtung an der Bahnunterführung Wiedenbrücker Straße und die Erweiterung der Beleuchtung entlang der Strecke bis zum Kreisverkehr Wiedenbrücker Straße, zu realisieren. Die Erweiterung der Beleuchtung solle durch LED-Leuchten vorgenommen werden. Dieser Straßenabschnitt stelle u. a. eine wichtige Querverbindung von den Wohngebieten nördlich der Bahnlinie zu den Schulen und Sportstätten dar.

Begonnen werden soll mit den Maßnahmen nach den Sommerferien 2021, nach Fertigstellung des Anbaus am Thomas-Morus-Gymnasium und der Freigabe des, momentan durch die Schulcontainer belegten, Lehrerparkplatzes.

Frau Steuer fragt nach dem Vortrag, ob sich der rote Schutzstreifen auf die rote oder blaue Linie in der Abbildung der Vorlage beziehe.

Frau Gröne erläutert, dass sich die blauen Linien in der Abbildung aus der Vorlage auf die Einfärbung der bereits vorhandenen Schutzstreifen beziehen.

Frau Steuer möchte wissen in welcher finanziellen Größenordnung es sich bewegen würde, wenn die Fläche ganz eingefärbt werden würde.

Frau Gröne antwortet, dass bisher kein Anbieter gefunden worden sei, der dies ausführen könne, zunächst müsste evaluiert werden, was die effektivste und günstigste Art sei.

Herr Siebert betont, dass er es begrüße, dass den Fahrradfahrern Vorrang gewährt wird. Er weist daraufhin, dass der Weg über die Wiedenbrücker Straße für die Schüler des Thomas-Morus-Gymnasiums sicherer sei als der Weg entlang des Axtbachs. Zudem gebe es eine unübersichtliche Ecke am Pestalozziweg. Er fragt, ob es Sinn ergebe den Straßenverkehr am TMG herauszuhalten, wenn es direkt an der Schule eine Bushaltestelle gebe. Zudem erkundigt er sich, ob die Parkmöglichkeiten an der Straße „Zur Dicken Linde“ erhalten bleiben und ob ein Belohnsystem helfen würde, die Schüler anzuregen das Fahrrad mehr zu nutzen.

Frau Gröne erklärt, dass mit der Promenade am Axtbach eine Alternative geboten werden könne. Die Schüler würden den Weg nutzen, um die Standorte der Schulgebäude zu wechseln. Mit der Schaffung von Fahrradstraßen würde eine zusätzliche Alternative außerhalb des Campusgebäudes geboten. Die bauliche Art des Pestalozziwegs müsste sich die Verwaltung vor Ort noch einmal ansehen.

Herr Berheide fügt hinzu, dass die Situation vor Ort vor Einrichtung der Fahrradstraße in Absprache mit dem Ordnungsamt und der Polizei überprüft werde. Es werde allerdings ein Beschluss benötigt, um überhaupt mit der Maßnahme beginnen zu können.

Herr Vollenkemper schlägt vor, die Fahrradstraße von der Konrad-Adenauer-Allee bis zur Kreuzstraße zu ziehen.

Herr Reckmann sagt, dass er das Konzept sehr begrüße und fragt, ob Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Tempo 30 geplant seien und diese auch bei Straßen mit den roten Schutzstreifen vorgesehen seien.

Frau Gröne erläutert, dass es Geschwindigkeitsbegrenzungen geben werde, aber diese für die Straßen mit den roten Schutzstreifen noch nicht mit eingeplant seien.

Herr Reckmann bemerkt, dass die Geschwindigkeitsbegrenzung für die Lindenstraße überlegenswert sei.

Herr Siebert merkt an, dass man sich mit Einzelheiten beschäftigen könne, wenn der Beschluss gefasst worden sei. Er kritisiert, dass sich die Verwaltung, trotz eingestellter Haushaltsmittel in Höhe von über 100.000 €, noch nicht mit den örtlichen Gegebenheiten auseinandergesetzt habe. Er möchte wissen, ob durch diese Tatsache am Ende mehr Kosten anfallen würden, sodass die eingeplanten 100.000 € nicht ausreichen. Zudem fragt er, wie der Verkehr geregelt werden solle, wenn der alte Soer Parkplatz für den Bau der neuen Multifunktionssporthalle abgerissen werde und die Schüler wieder auf dem Weg zur Schule seien.

Frau Gröne erklärt, dass es sich bei den eingeplanten 100.000 €, um eine Pauschale handeln würde. Die Verwaltung habe sich vorher mit dem Planungsbüro nts abgestimmt, sodass der eingeplante Betrag realistisch sei für die vorgeschlagenen Maßnahmen.

Mit dem Restbudget könnte gegebenenfalls die Beleuchtung an der Unterführung realisiert werden. In Bezug auf das Soer Gelände betont sie, dass betrachtet werden müsse, wie sich die Verkehrssituation entwickle, wenn die Maßnahme beginne.

Eine relativ entspannte Situation lasse sich dadurch erhoffen, mehr Schüler auf das Fahrrad zu bringen. Durch eine Kampagne sollen Eltern und Schüler aufgerufen werden das Auto stehen zu lassen und das Fahrrad zu nutzen.

Herr Siebert erkundigt sich, wie die Verkehrsregelung am Soer Parkplatz in Zukunft sein werde und möchte wissen, ob es notwendig sei, dass ab Mai für 2 Jahre eine andere Lösung gefunden werden müsse.

Herr Berheide weist darauf hin, dass der Fachdienst Gebäudemanagement ein Konzept haben werde, wie in der Abrissphase der Schülerverkehr geregelt werden soll.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr spricht **einstimmig** dem Rat die Empfehlung aus, im ersten Schritt die Umsetzung der Maßnahmen Nr. 10, Nr. 11 sowie Nr. 12 aus dem Klimaschutzteilkonzept Mobilität zu beschließen.

Des Weiteren empfiehlt der Ausschuss, für den Fall, dass nach der Umsetzung der o. g. Maßnahmen noch Mittel zur Verfügung stehen, die Umsetzung der Maßnahme Nr. 2 zu beschließen.

8. Statusbericht der Klimaschutzmanagerin Vorlage: M 2021/610/4767

Sachverhalt:

In der Sitzung erfolgt ein mündlicher Bericht der Klimaschutzmanagerin Frau Gröne zum Status des bestehenden Klimaschutzkonzeptes und über ausgewählte Maßnahmen, die im Rahmen der Konzeptumsetzung durchgeführt wurden.

Zunächst geht Frau Gröne auf den Anbau des Thomas-Morus-Gymnasiums ein.

Sie erläutert, dass der Neubau nah am Axtbach liege und man bei dem Bau darauf geachtet habe, dass die Außenwand höher gezogen wurde, sodass kein Wasser in das Gebäude eintreten könne. Darüber hinaus erwähnt sie den Energiebericht, den der Fachdienst Liegenschaften für alle städtischen Liegenschaften erstellt habe.

Anhand von Bildern zeigt sie, welche Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzkonzeptes bereits ausgeführt worden seien. Unter anderem nennt sie die Carsharingstation und die Anschaffung von 2 Lastenfahrrädern. Zudem sollten jeweils die 2 bestellten Fahrradreparaturstationen an dem Hermann-

Johanning-Platz und an der Park and Ride Anlage am Bahnhof aufgestellt werden. Am Bahnhof sollten auch Abstellflächen für Fahrräder und Lastenfahrräder mit Bügeln geschaffen werden.

In Bezug auf die Aktion „Stadtradeln“ will Frau Gröne Unternehmen und Fraktionen anschreiben, um sich an der Aktion zu beteiligen. Frau Gröne erläutert zudem, dass sie den Hinweis an Landschaftsgärtner gebe, bei der Unterbreitung eines Angebots für die Gestaltung des Vorgartens des Kunden, Informationen weiterzugeben, wie Schottergärten vermieden werden können. Außerdem beziehe die Stadtplanung das Thema „Vermeidung von Schottergärten“ mit in die Bauleitplanung ein.

Herr Kohaus hinterfragt hinsichtlich des Energieberichts, ob der Netzanteil der Ökostromkunden kontinuierlich gestiegen sei, da die Stadtwerke Ostmünsterland seit dem 01.01.2020 auf 100 % Ökostrom gesetzt habe.

Frau Gröne antwortet, dass sich die Zahlen auf die gesamte Netzlast im Oelder Stadtgebiet beziehen würden und nicht nur die Kunden der Stadtwerke Ostmünsterland betreffe.

Herr Kohaus entgegnet, dass der Anteil sprunghaft steigen müsse.

Frau Gröne teilt mit, dass ein externes Planungsbüro beauftragt werden müsse, um den Istzustand aufzunehmen. Anhand dessen könne man beurteilen, wo man wirklich stehe, wie in dem Ursprungskonzept vorgesehen.

Frau Steuer möchte in Hinsicht auf die Kommunikation zwischen Wirtschaft und Verwaltung wissen, woher man an konkrete Zahlen kommen könnte, um es benennen zu können.

Frau Gröne erklärt, dass die Verwaltung selbst die CO₂-Einsparung der Wirtschaft nicht beziffern könne. Es könne ein Teil über die Energieversorgung festgestellt werden. Wie viel Energieeinsparung die Wirtschaft jedoch z.B. durch die Umstellung der Produktionsstraßen erreicht habe, könne die Verwaltung nicht beurteilen. Die Wirtschaft müsse lediglich nur die ISO Standards einhalten.

Herr Vollenkemper erläutert, dass das Ergebnis aus dem Klimaschutzkonzept so zu verstehen sei, dass es die gesamte Netzlast präsentiere. Die 36,5 % in der Graphik zeige den Anteil an Strom, der wirklich aus erneuerbaren Energien komme. Die Stadtwerke Ostmünsterland hätten alle Kunden auf Ökostrom umgestellt. Dieser Ökostrom werde zwar eingekauft, dadurch würde aber kein höheres Aufkommen an Ökostrom erzeugt.

Herr Siebert bemängelt eine fehlende Transparenz bei den vorgetragenen Vorhaben und betont, dass eine Fortschreibung und Vergabe an ein externes Büro nichts bringen würde. Das alte Klimaschutzkonzept sei für ihn gescheitert.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Mobilität und Verkehr nimmt den Statusbericht der Klimaschutzmanagerin zur Kenntnis.

9. Fortschreibung Klimaschutzkonzept Oelde Vorlage: B 2021/610/4764

Sachverhalt:

Frau Gröne trägt vor, dass der Rat der Stadt Oelde durch seinen Beschluss vom 17.12.2020 die Verwaltung angewiesen habe, zur Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Oelde ein externes Büro zu beauftragen.

Die Verwaltung möchte die Fortschreibung anders gestalten als beim bestehenden Klimaschutzkonzept.

Die Erfahrung habe gezeigt, dass Klimaschutz nur wirkungsvoll funktionieren könne, wenn neben der Stadtverwaltung auch die entsprechenden Akteure, wie Bürger/innen, Unternehmen und Gewerbe, Landwirtschaft, Bildung, Politik und andere Interessengemeinschaften mit in die Pflicht genommen würden.

Zudem seien Klimaschutzthemen und insbesondere die Förderprogramme dynamisch. Aus diesem Grund sei es nicht immer zweckmäßig, sich an Maßnahmen zu halten, die in einem Konzept zu Beginn festgelegt würden.

Im Rahmen der Konzeptfortschreibung sollten daher die Kerninhalte mit Hilfe eines externen Büros erarbeitet werden. Hierzu zählen aus Sicht der Verwaltung:

1. Bestandsaufnahme der bisherigen Erreichung der Klimaschutzziele
2. Aktualisierung der Klimaschutzziele auf Grundlage des ermittelten Status Quo
3. Darstellung von Handlungsfeldern und Handlungsbedarfen zur Erreichung der Ziele

Ergänzend dazu sollte die Gründung einer Arbeitsgruppe angestrebt werden, um folgende Aufgaben wahrzunehmen:

- Erarbeitung von konkreten Maßnahmen für die einzelnen Handlungsfelder
- Begleitung der Maßnahmenumsetzung (Monitoring, Steuerung, ...)
- Entscheidung über Teilnahme an überregionalen Projekten und Förderprogrammen
- Durchführung gemeinsamer Öffentlichkeitskampagnen
-

Die Arbeitsgruppe sollte als feste Einrichtung etabliert werden und in regelmäßigem Turnus tagen, um den o. g. Aufgaben nachzukommen. Neben einem Kernteam sollte das Gremium grundsätzlich für alle Interessengruppen offengehalten werden.

Die erarbeiteten Ergebnisse würden dann in den Entscheidungsprozess des Umweltausschusses einfließen.

Die Federführung läge weiterhin bei der Verwaltung, aber die Verantwortung für Umsetzung und Zielerreichung würde auf die entsprechenden Akteure verteilt werden.

Die konkrete Vorgehensweise bei der Fortschreibung werde mit dem externen Büro abgestimmt.

Für die Beauftragung eines externen Büros sei eine Änderung der Mittelanmeldung für 2021 in Höhe von 40.000 Euro vorgenommen worden.

Herr Schwieder dankt Frau Gröne für ihren Vortrag und stellt fest, dass sehr viele tolle Maßnahmen angelaufen seien.

Herr Reckmann bemerkt, dass anhand der Präsentation zu erkennen sei, dass die gesetzten Ziele von 2013 bei Weitem verfehlt seien. Er bezweifle, dass die Maßnahmen zur Erreichung der Ziele auch zielführend seien. Es brauche ein integriertes Klimaschutzkonzept mit Einbezug von allen Akteuren.

Frau Steuer bekräftigt, dass sie es ebenfalls unterstütze verschiedene Interessensgruppen miteinzubeziehen. Wenn sich dies nicht als richtig erweise, könne man gegensteuern.

Herr Vollenkemper befürwortet den stärkeren Einbezug verschiedener Gruppen und begrüßt eine Software, die auf Landesebene verfügbar sein solle, die die Klimabilanz der Kommune widerspiegeln könne.

Frau Gröne berichtet, dass es solch eine Software gegeben habe, diese aber eingestellt worden wäre und anstatt dessen die neue Software „Klimaschutzplaner“ eingeführt worden sei. Diese erfordere jedoch die Schulung der Klimaschutzmanager, da das System relativ komplex sei.

Herr Siebert führt an, dass die CDU das Klimaschutzkonzept begrüße, aber sich gegen den Teil II (Gründung eines Gremiums) ausspreche. Das Problem bei der Gründung einer Arbeitsgruppe sehe Herr Siebert darin, dass das Gremium neben dem Umweltausschuss tagen müsste und somit viel Zeit verschwendet würde, da die Entscheidungen dieses Gremiums erst noch in den Umweltausschuss gehen müssten um beschlossen zu werden.

Herr Reckmann betont, dass es dieses Jahr noch zu einem Ergebnis kommen müsse.

Herr Leifeld bemerkt, dass das alte Konzept zu unverbindlich sei und nennt die Stadt Soest als Beispiel, welche sich vorgenommen habe bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu sein.

Herr Poppenberg fragt, ob die Stelle von Frau Gröne mit den ausgeschriebenen 30 Stunden um eine zusätzliche Stelle als „Klimaschutzmanager/in“ ergänzt werden müsste oder ob es auch möglich sei die Stelle von Frau Gröne in eine Vollzeitstelle umzuwandeln.

Frau Rodeheger schildert mit Bezug auf die Anfrage von Herrn Poppenberg, dass auch die Bedürfnisse der Kollegen berücksichtigt werden müssten. Sie würde es nicht befürworten noch eine zusätzliche Person einzustellen, da die Verwaltung über das entsprechende Know-How verfüge. Man profitiere intern in der Verwaltung auch von dem Wissen von Studienabgängern, die nach ihrem Studium als Mitarbeiter bei der Stadt Oelde beschäftigt seien. Bisher habe die Verwaltung in Hinblick auf die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes relativ alleine dagestanden. Die Wirtschaftsförderung solle sich jetzt jedoch mit Unternehmern vernetzen. Allerdings müssten erst einzelne Schritte erkennbar sein, um nachjustieren zu können.

Herr Siebert merkt an, dass er sich schwer mit der Beschlussvorlage tue. Er stimme Herrn Reckmann zu, dass die Zeit zu knapp sei. Vor dem Hintergrund dessen, was die Arbeitsgruppe alles leisten müsse, müsste alle 8 Wochen getagt werden. Die CDU tue sich mit einem weiteren Arbeitsgremium schwer.

Herr Zummersch weist darauf hin, dass es wichtig sei Personen einzubinden.

Er könne sich eine ähnliche Arbeitsgruppe, wie das Gremium für das Wibbelt-Carrée vorstellen. Es müsse geprüft werden, inwieweit man die Klimaschutzmanagerin unterstützen könne.

Herr Austrup erläutert, dass er die Anregungen von Herrn Siebert unterstütze und schlägt vor ein externes Büro mit den Handlungsfeldern zu beschäftigen.

Dieses Büro sei schneller als eine Arbeitsgruppe. Er bekräftigt, dass er den Beschluss von Teil I (Erarbeitung der Kerninhalte durch ein externes Büro) und dann erst die Bildung einer Arbeitsgruppe befürworte.

Frau Steuer fragt, ob es in der Vorlage so gemeint sei, dass erst ein externes Büro beauftragt werde und dann die Arbeitsgruppe gebildet würden.

Frau Gröne bestätigt Frau Steuer, dass das genauso so gemeint sei und dass es nicht ausgeschlossen werden sollte, die Akteure schon im Vorfeld miteinzubinden.

Herr Desel regt an die Messbarkeit der Klimaschutzziele zu definieren. So solle neben der Erreichbarkeit auch die Messbarkeit definiert werden.

Herr Siebert unterbreitet den Vorschlag den Teil I (Erarbeitung der Kerninhalte durch ein externes Büro) freizugeben und dann die Ergebnisse des externen Büros abzuwarten.

Der Teil II (Bildung einer Arbeitsgruppe) solle in die nächste Sitzung des Ausschusses verlegt werden.

Herr Zummersch fordert die CDU auf, einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Herr Siebert teilt mit, über den Teil I einen Antrag zu stellen.

Herr Reckmann regt an, bei der Beauftragung des externen Büros in Teil I, alle Akteure schon in die Phase einzubeziehen. Zudem solle das Büro das Ziel bereits definieren.

Herr Siebert fordert erst das externe Büro die Kerninhalte bearbeiten zu lassen und danach über das Gremium zu diskutieren.

Herr Schwieder merkt an, dass erst der Sperrvermerk über 14.000 € aufgehoben werden müsste.

Herr Siebert antwortet, dass der Sperrvermerk aufgehoben werden soll, da das Budget für Teil I gebraucht wird.

Herr Schwieder fordert den Ausschuss auf über den Änderungsantrag der CDU abzustimmen nur den Teil I zu verabschieden und den Teil II aufzuschieben.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr **stimmt mit 7 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich** für den Änderungsantrag der CDU den Teil I (Erarbeitung der Kerninhalte durch ein externes Büro) zu verabschieden und den Teil II (Bildung einer Arbeitsgruppe) aufzuschieben. Damit wird der Antrag von der CDU beschlossen.

10. Verschiedenes

10.1. Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

10.2. Anfragen an die Verwaltung

Herr Austrup erkundigt sich bei der Verwaltung, ob es nicht machbar wäre, einen Sachstandsbericht über den Zustand der Wälder zu erhalten. Dies könne durch eine Begehung der Wälder mit einem Förster durchgeführt werden. Dadurch könnten Aussagen über den Zustand der Wälder und Ansatzpunkte gewonnen werden.

Frau Gröne findet den Vorschlag von Herrn Austrup gut und möchte das Thema „Was der Klimawandel mit dem Wald macht“ aufgreifen und weitergeben.

Herr Brinkmann möchte in Bezug auf die Verlegung von Fernwasserleitungen an Bächen und Feldrändern durch die Gelsenwasser AG wissen, ob die Stadtverwaltung bei dem Thema miteingebunden sei.

Frau Rodeheger antwortet, dass die entsprechenden Trassen mit der Stadt Oelde abgestimmt werden würden. Allerdings befinde man sich noch in dem Prozess und es sei bisher noch nichts festgestellt worden.

Herr Libor bemerkt, dass an dem Containerstandort an der Carl-von-Ossietzky-Straße seit über einem halben Jahr Kantensteine abgelagert worden seien. In Bezug auf das Thema habe er auch schon mit Herrn Merschmann aus dem Gebäudemanagement gesprochen. Er fragt ob in dieser Hinsicht schon etwas passiert sei.

Frau Rodeheger teilt mit, dass Herr Merschmann diese Information sicherlich schon an den Baubetriebshof weitergegeben habe. Der Punkt sei notiert und aufgenommen.

Vorsitzender

Lea Austermann
Schriftführerin